

Jenseits des staatlichen Steuerungsoptimismus

Die Weltwirtschaftsordnung historisch und in Zeiten der globalen ökologischen Krise

Ulrich Brand und Miriam Lang¹

Aktuelle Debatten über Initiativen für progressive Alternativen bewegen sich weitgehend im lokalen und nationalen Rahmen – allenfalls noch auf der Ebene der EU. Zudem bleiben in den derzeit intensiv diskutierten Initiativen für eine Dekarbonisierung der Wirtschaft bestimmte Dogmen scheinbar unhinterfragbar – etwa die Orientierung an nationaler Wettbewerbsfähigkeit und (grünem) Wirtschaftswachstum. Der vorliegende Band und auch dieser Beitrag gehen im Unterschied dazu von der Annahme aus, dass es struktureller Änderungen im globalen Handels- und Wirtschaftsregime bedarf, um die drängenden globalen Probleme zu lösen, um allen Menschen ein auskömmliches Leben zu ermöglichen und dabei nicht die natürlichen Lebensgrundlagen zu ruinieren.

Die Mitte der 1970er Jahre intensiv geführten Debatten um eine Neue Weltwirtschaftsordnung (NIEO) hatten ein vorrangiges Ziel: Eine internationale wirtschaftliche Kooperation auf Augenhöhe zu schaffen, die auch den neu geschaffenen Nationen des Globalen Südens Selbstbestimmung ermöglicht. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Schaffung angemessener wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen. Historisch-politisch erhielt diese Initiative Rückenwind einerseits durch die Welle erfolgreicher politischer Unabhängigkeitskämpfe – deren politische Wucht heute kaum vorstellbar erscheint – sowie andererseits durch die Krise des fordistischen Entwicklungsmodells, die

1 Wir danken Klaus Dörre und den beiden Herausgebern für wertvolle und anregende Hinweise. Dieser Beitrag ist während Miriam Langs Fellowship bei der DFG-Kolleg-Forschungsgruppe »Zukünfte der Nachhaltigkeit: Modernisierung, Transformation, Kontrolle« entstanden. Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Projektnummer 392769165.

sich als Wirtschaftskrise auch in den kapitalistischen Zentren manifestierte (Hobsbawm 1995; Slobodian 2019; Getachew 2022). Beide Punkte verdichteten sich in einer Krise der *pax americana* des Nachkriegskapitalismus (Cox 1993). In intensiven Auseinandersetzungen setzte sich durch, was wir heute als Neoliberalismus oder neoliberale Globalisierung bezeichnen. Mit sogenannten Strukturanpassungsprogrammen wurde dies vielen Ländern des Globalen Südens aufgezwungen (siehe Veit in diesem Band).

Doch noch ein weiteres Moment kennzeichnete die Debatten um die NIEO: Trotz erster Warnungen vor einer Gefährdung der menschlichen Lebensgrundlagen durch breit diskutierte wissenschaftliche Publikationen wie Rachel Carsons »Der stumme Frühling« (Carson 1965) oder die Studie »Grenzen des Wachstums« des Club of Rome (Meadows/Meadows 1972) dominierte in den früher 1970er Jahren ein Wachstums- und Fortschrittsoptimismus. Demnach sollten die Länder des Globalen Südens zwar materiell mehr von ihrer Produktion für den Weltmarkt und ihrer Integration in denselben haben, doch die Formen der Naturausbeutung und -beherrschung selbst wurden in den NIEO-Debatten nicht hinterfragt.

Dieser Beitrag geht erstens den politischen Gestaltungsvorstellungen der NIEO nach, die von einer starken Steuerungsfähigkeit des Staates ausgingen. Zweitens argumentieren wir, dass eine gerechte Weltwirtschaft nicht nur von anderen politischen Regeln für wirtschaftliche Akteure aus gedacht werden muss, sondern auch als Eindämmung und Überwindung einer imperialen Produktions- und Lebensweise. Dabei gehen wir exemplarisch auf einen aktuellen Vorschlag ein: den »Ökosozialen und Interkulturellen Pakt des Südens«.

Die Überbetonung der Steuerungsfähigkeit des Staates

Wie andere Beiträge nachzeichnen (siehe Veit/Fuchs in diesem Band), stand im Zentrum der Initiative für eine NIEO die Vorstellung, dass die nationalen Staaten der Peripherie ihre eigenständige und für die Bevölkerung positive Entwicklung² stärker vorantreiben könnten. Grundsätzlich ging man damals von einer starken Steuerungsfähigkeit der Staaten beziehungsweise der Re-

2 Entwicklung war ein Leitbegriff der damaligen Debatte. Heutzutage wird der Begriff nicht nur im Globalen Süden vielfach hinterfragt (siehe u.a. Escobar 1995; Sachs 1993), und auch wir verwenden ihn in diesem Beitrag nur in seiner historischen Rolle.

gierungen von Ländern des Globalen Südens aus, um gemeinwohlorientierte Anliegen umsetzen zu können.

Bei dieser genuin wirtschaftspolitischen Perspektive bleiben – auf internationaler wie auf nationaler Ebene – zwei Fragen unberücksichtigt oder zumindest unterschätzt. Erstens: Selbst wenn die internationalen politischen Rahmenbedingungen stimmen würden, hätten nationale Staaten des Globalen Südens überhaupt diese Steuerungsfähigkeit gegenüber ihren eigenen Ökonomien? Und zweitens: Können Regierungen, insbesondere im Globalen Süden, in intergouvernementalen Prozessen und Abkommen faire wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen so gestalten, dass sie auf die Weltwirtschaft einwirken? Dabei verstehen wir Weltwirtschaft als Gefüge komplexer machtförmiger Strukturen und Prozesse, das (privat-)kapitalistische Unternehmen zentral prägen. Diese sind wiederum eingebettet in politisch-institutionelle Rahmen.

Diese beiden Fragen hatten in den NIEO-Debatten nur wenig Bedeutung. Das ist durchaus erstaunlich, wiesen doch die wissenschaftlichen – und von der Politik durchaus wahrgenommenen – Debatten über Imperialismus und Abhängigkeiten im 20. Jahrhundert sehr deutlich auf die strukturellen Ungleichheiten der bestehenden und zu verändernden Weltwirtschaftsordnung hin. Zugespitzt ließe sich sagen: Selbstverständlich sind andere internationale, also zwischenstaatliche Wirtschaftspolitiken wichtig. Doch um eine andere Weltwirtschaftsordnung zu erreichen, müssen auch wirtschaftliche Logiken und (welt-)gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändert werden. Im Folgenden führen wir cursorisch einige zentrale Theoreme an, die dieses Argument verdeutlichen sollen.

Klassische Imperialismustheorie

Die klassischen Imperialismustheorien entstanden vor über 100 Jahren, angesichts des Imperialismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und des absehbaren und dann eingetretenen Ersten Weltkriegs. Bei allen Differenzen verwiesen Autor:innen wie Wladimir Lenin, Rosa Luxemburg, Rudolf Hilferding und Nicolai Bucharin auf die zunehmenden Widersprüche und Krisen in den kapitalistischen Zentren. Diese wurden dadurch bearbeitet, dass die Mächte sich durch die imperiale Kolonisierung der Welt neue Rohstoffquellen und Anlagesphären oder Absatzmärkte erschlossen (für einen Überblick siehe Sablowski 2019; Solty 2021). Doch damit wurden die vorhandenen Widersprüche nicht dauerhaft aufgelöst. Daher gingen diese Autor:innen davon aus, dass

es zu offenen Konflikten und Kriegen zwischen den imperialistischen Mächten kommen würde.³

Rosa Luxemburg hatte beispielsweise mit der Dynamik des Kapitalismus argumentiert. Diese entstehe nicht nur dadurch, dass der Kapitalismus durch organisatorische und technologische Innovationen, eine verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft und – in der Folge – die Schaffung von Mehrwert entsprechende Profite und Akkumulation erreicht. Vielmehr sei für die Dynamik des Kapitalismus das Vordringen in »nicht-kapitalistische Milieus« (Luxemburg 1985 [1913]) der Gesellschaft oder in anderen Gesellschaften zentral. Wichtig war außerdem auch damals schon die Bewegung oder vielmehr der Export des Kapitals in Form von Investitionen in andere Länder sowie von Krediten an diese – seien es in andere imperiale Zentren oder Länder der (Semi-)Peripherie. Zudem betonte die klassische Imperialismustheorie stets, dass es den Zentren um die Verfügung über Rohstoffe ging. Auch um diese konkurrierten die Mächte politisch und wirtschaftlich.

Die Grundüberlegung, dass kapitalistische Konkurrenz und politische Rivalität zusammenhängen und möglicherweise zu gewaltförmigen Konflikten führen, ist leider auch weiterhin richtig. Damit wies die klassische Imperialismustheorie andere Erklärungsansätze für zwischenstaatliche politische und militärische Konflikte zurück. Diese fokussierten zuvorderst auf das Motiv der Machterweiterung einzelner Staaten oder auf die Wahrung bestimmter Sicherheitsinteressen, ließen ökonomische Fragen aber weitgehend außen vor. Die klassische Imperialismustheorie kritisierte auch Ansätze in der Tradition von Immanuel Kant, wonach der immer intensivere wirtschaftliche Austausch quasi von selbst immer mehr Frieden schaffe oder zumindest die dominanten politischen und wirtschaftlichen Akteur:innen kein Interesse

3 Als historisch falsch erwiesen hat sich die Einschätzung der Vertreter:innen damaliger Imperialismustheorien, dass die historische Phase des Imperialismus mit ihren zunehmenden Konkurrenzen und Konflikten zu einer Art finaler Krise des Kapitalismus führen würde und aus den Dynamiken und Krisen des Kapitalismus gleichsam von selbst die Bedingungen für eine postkapitalistische Gesellschaft entstehen würden. Mit der zunehmenden kapitalistischen Entwicklung einer immer stärkeren Zentralisierung des Kapitals sowie einer immer stärker verarmten Bevölkerung – so die Annahme – würde das Proletariat als »Todtengräber« des Kapitalismus (Marx/Engels 2012 [1948]: 11) geschaffen. Heute würde man dieses als politisch bewusste und gut organisierte Klasse der Lohnabhängigen bezeichnen. Doch diese Annahme war und ist nicht zutreffend.

mehr an kriegerischen Auseinandersetzungen hätten (vielleicht abgesehen von der Rüstungsindustrie) (Hasenclever 2020).

Auch ein weiteres, für diesen Beitrag wichtiges Motiv der klassischen Imperialismustheorien besitzt weiterhin Gültigkeit: Staaten beziehungsweise deren Regierungen vertreten in der internationalen Politik tendenziell die Interessen ihres Kapitals – also die Interessen jener Unternehmen, die ihren Hauptsitz in dem jeweiligen Land haben. Nationale Regierungen unterstützen die am Weltmarkt orientierten Unternehmen – was ja längst nicht alle sind – in ihren Expansionsinteressen. Auch das führt immer wieder zu Spannungen bis hin zu offenen Konflikten.

Lediglich Karl Kautsky, der damalige Cheftheoretiker der deutschen Sozialdemokratie, wies darauf hin, dass es durchaus auch die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den imperialen Mächten geben könnte. In der Tat war die sogenannte Berliner Afrikakonferenz 1884/1885 ein Beispiel für solch eine Verständigung. Die Folge dieser Konferenz war die brachiale Aufteilung Afrikas in Einfluss- und Ausbeutungszonen verschiedener imperialer Mächte. Kautsky nannte diese Form der mehr oder weniger abgesprochenen Ausbeutung der Kolonien durch die kapitalistischen Zentren »Ultraimperialismus« (Kautsky 2004 [1914]). Diese Absprachen waren ein Vorzeichen von Strukturen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg bildeten. Über Organisationen wie die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds, aber auch über bilaterale und multilaterale Freihandels- und Investitionsschutzabkommen wurden asymmetrische Wirtschaftsbeziehungen rechtlich festgeschrieben.

All dies sind wichtige Einsichten, die in den 1970er Jahren gültig waren und auch heute noch berücksichtigt werden müssen, etwa bei Überlegungen für eine neue NIO – eine NIO². Dasselbe gilt auch für einen anderen Strang wissenschaftlicher und politischer Diskussionen, die in größerer zeitlicher Nähe zu den damaligen NIO-Debatten stattfanden.

Dependenztheorie

Im Unterschied zur Imperialismusdebatte vor und während des Ersten Weltkriegs waren die Diskussionen nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt von der transatlantischen Integration des Globalen Nordens (plus Japan), vom Kalten Krieg und von den bereits erwähnten Kämpfen um nationale Unabhängigkeit vor allem in Ländern Afrikas und Asiens. Theorien analysierten innerimperialistische Konflikte als Folge der kapitalistischen Entwicklung (siehe etwa Pou-

lantzas 2001 [1973]), aber auch das Verhältnis der kapitalistischen Zentren zur (Semi-)Peripherie.

In den wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Debatten jener Zeit wurde auch über den Fortbestand wirtschaftlicher Abhängigkeitsverhältnisse nach Ende des formellen Kolonialismus diskutiert (für einen Überblick siehe Franke/Kumitz 2016). Dabei rückte insbesondere die Frage des Zugriffs auf natürliche Ressourcen in den Vordergrund. Das hatte auch mit der dynamischen Entwicklung des fordistischen Kapitalismus in den Zentren sowie mit dem dadurch immens gestiegenen Rohstoffbedarf zu tun (siehe dazu rückblickend Krausmann et al. 2017).

Prominent wurde in diesem Zusammenhang die aus Lateinamerika stammende Dependenztheorie. Sie ergründete die strukturelle Abhängigkeit der lateinamerikanischen Länder und des gesamten Globalen Südens von den kapitalistischen Zentren. Dabei handelt es sich nicht um eine Theorie im engeren Sinne, sondern eher um einen breiten, theoriegeleiteten Ansatz (siehe Beigel 2015; Svampa 2020; Veit/Fuchs und Veit in diesem Band). Prägendes Element der dominanten »strukturalistischen« Version der Dependenztheorie war von Anfang an die Annahme von einem »ungleichen Tausch« (Prebisch 1950): Ihr Kern ist die strukturelle Ungleichheit der Austauschbeziehungen zwischen Exportländern primär von Industriegütern (vor allem des Globalen Nordens) und Ländern, die vor allem Rohstoffe exportieren (vor allem im Globalen Süden). Dieses Argument wurde später ergänzt, insbesondere durch die Arbeiten von Alf Hornborg und Joan Martínez Alier und ihr Theorem des ungleichen ökologischen Tauschs (Hornborg 1998; Hornborg/Martínez Alier 2016; Schaffartzik/Kusche 2020; Pichler in diesem Band).

Eine wirtschaftspolitisch wichtige These der Dependenztheorie lautete, dass die subalterne Integration von Ländern des Globalen Südens in den Weltmarkt ein zentrales Hindernis auf deren Weg zu einer eigenständigen Entwicklung und insbesondere zu ihrer Industrialisierung sei. Insbesondere bei einer geringen Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur bestehe zudem eine hohe Abhängigkeit von den Preis- und Nachfrageschwankungen des Weltmarkts. Gerade dieser Punkt macht die Hindernisse für eine alternative Wirtschaftspolitik deutlich.

Für die Debatten über die NIEO, aber auch über eine NIEO², ist noch eine weitere Einschätzung der Dependenztheorie wichtig: Demnach verhindern die Regierungen des Globalen Nordens mit aller Kraft Preisabsprachen unter den Rohstoffexporteur:innen des Globalen Südens, die den globalen Ungleichgewichten entgegenwirken könnten. In diesem Sinne verstand der Glo-

bale Norden unter Führung der USA auch die Gründung der Organisation erdöllexportierender Länder (OPEC) 1960 – die durch eine Regulierung der Ölfördermengen die Preise beeinflussen wollte – als Kampfansage an seine Machtposition.

In den 1960er Jahren stellten dependenztheoretische Arbeiten den Widerspruch zwischen den Interessen abhängiger Nationen und den Regeln und Institutionen des internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungsgefüges in den Mittelpunkt. Doch dann setzte eine Verschiebung ein, die für die Frage nach möglichen Spielräumen für eine alternative Weltwirtschaftsordnung zentral ist: Vertreter:innen der Dependenztheorie argumentierten zunehmend, dass wirtschaftliche Abhängigkeit nicht nur von außen induziert sei, sondern auch durch die inneren (Klassen-)Verhältnisse und die damit verbundenen wirtschaftlichen und politisch-staatlichen Verhältnisse in den abhängigen Gesellschaften reproduziert werde (Cardoso/Faletto 1976; Beigel 2015). Die Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse innerhalb dieser Länder seien zudem durch ein hohes Maß an Informalität und »struktureller Heterogenität« (Córdova 1973) geprägt. Diese erlauben es, Löhne niedrig zu halten. Die Arbeitskraft in den Ländern der kapitalistischen Peripherie, so die Annahme, würde systematisch überausgebeutet.

Rosa Luxemburg sah in der Existenz und Erschließung nicht-kapitalistischer Milieus eine wichtige Bedingung für kapitalistische Dynamiken. Die Dependenztheorie vertrat eine andere Perspektive. Gerade nicht-kapitalistische oder noch nicht so stark kommodifizierte Milieus, die noch einen relativ hohen Anteil an Subsistenzwirtschaft haben, machte es demnach Lohnabhängigen möglich, sich nicht nur mit ihrem Einkommen über den kapitalistischen Markt zu reproduzieren, sondern auch mit teilweise selbstproduzierten Lebensmitteln. Bis heute lässt sich verifizieren, dass diese Subsistenz eine gewisse Resilienz oder Dysfunktionalität gegenüber kapitalistischen Dynamiken begründet.

Offene Fragen der Dependenztheorie

Bezüglich der Rolle des peripheren Staates in den zwar politisch unabhängigen, wirtschaftlich aber nach wie vor abhängigen Gesellschaften wurden innerhalb der Dependenztheorie verschiedene Einschätzungen kontrovers diskutiert. Einerseits gab es in einigen Ländern historische Erfahrungen mit importsubstituierender Industrialisierung (Wagner et al. 1983). Diese zeigten, dass es unter bestimmten Bedingungen durchaus Spielräume für progressive

Politik gab. Andererseits wirkt sich die periphere Position eines Landes innerhalb des kapitalistischen Weltsystems auch auf dessen Staatlichkeit aus. Diese Staatlichkeit – vor der politischen Unabhängigkeit eine koloniale Staatlichkeit und danach immer noch eine periphere – basierte auf der Überausbeutung des Landes sowie der Arbeitskraft rassifizierter Subjekte. In einigen Fällen wurden diesen noch bis vor wenigen Jahrzehnten die politischen Rechte verweigert.⁴ Koloniale Staaten und ihre Eliten agieren im Gegensatz zu Staaten in Europa, in denen sich ein signifikantes Bürgertum entwickelte, als Agent:innen einer oligarchischen Aneignung von Reichtum, den sie in Richtung der globalen Zentren kanalisieren. Jenseits aller innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sind hier die externen Einflüsse internationaler Akteur:innen (wie Großkonzerne oder Finanzinstitutionen) deutlich spürbar. Diese werden auch in den nationalen Eliten repräsentiert (Lang 2022).

Bis heute besteht das Problem, dass transnationale und außenhandelsorientierte Kapitalfraktionen sich nur schwer in nationale Entwicklungsprojekte oder in entsprechende Allianzen zwischen Staaten und Unternehmen einbinden lassen (Ebenau 2015). Ähnliches gilt für notwendige Agrarreformen. Die Auflösung monopolistischer Strukturen des Landbesitzes ist kaum möglich, wenn Letzterer aufgrund von Landgrabbing, Finanzialisierung und transnationaler Spekulation mit Agrarflächen transnationalisiert und damit nationalen Steuerungspolitiken nur noch bedingt zugänglich ist (Ojeda 2018). Auf ähnliche Hindernisse stoßen Politiken gegen die hochgradig fragmentierten Arbeitsmärkte. Von diesen profitieren beispielsweise auch die inländischen Mittelklassen, da sie auf niedrig entlohnte Arbeitskraft zugreifen können. Schließlich haben Großgrundbesitzer:innen, Rohstoffkonzerne oder Exportunternehmen in Ländern der (Semi-)Peripherie kein Interesse an einer Veränderung der bestehenden Verhältnisse.

Das alles sind keine Argumente gegen grundlegend andere internationale und nationale Wirtschaftspolitiken. Wichtig ist uns aber, dass mit diesen Politiken auch die (welt-)gesellschaftlichen Machtstrukturen und Eigentumsverhältnisse, ja sogar die Struktur der Staaten in Nord und Süd selbst verändert werden müssen (Lang/Brand 2015).

Zur Hochphase der Dependenztheorie war die ökologische Krise noch wenig sichtbar und wurde dementsprechend wenig politisiert. Wie bereits für die

4 Beispielsweise wurde in Ecuador 1979 Indigenen, die zuvor als Analphabeten ausgeschlossen worden waren, das aktive und passive Wahlrecht zuerkannt. In Kolumbien geschah das erst mit der Verfassung von 1991.

NIEO-Debatten erwähnt, wurde auch die Dependenztheorie dafür kritisiert, dass sie im Grunde ein Verständnis von Entwicklung hat, nach dem die Gesellschaften des Globalen Südens sich denen des Globalen Nordens anpassen sollten (Boatca 2016; Gudynas 2012). Wirtschaftswachstum sollte durch eine relativ eigenständige Entwicklung generiert werden anstatt durch eine von Abhängigkeit geprägte Weltmarktintegration. Dieselben Vorstellungen von Fortschritt und Entwicklung dominieren auch im Globalen Norden. Eine weitere, ebenfalls als problematisch kritisierte wirtschaftspolitische Schlussfolgerung der Dependenztheorie lautete, dass die Landwirtschaft in Ländern des Globalen Südens industrialisiert werden müsse, um deren Produktivität zu steigern und so Arbeitskräfte für einen möglichen Industrialisierungsprozess freizusetzen. Das folgte dem Ziel, die Abhängigkeit der Länder vom Import von Industriegütern aus dem Globalen Norden zu verringern.⁵

Kritische Staatstheorie

Nicos Poulantzas entwickelte zu Beginn der 1970er Jahre einen Gedanken der Dependenztheorie weiter, der für die damaligen Reflexionen über eine mögliche solidarische und ökologisch nachhaltige Weltwirtschaft(-sordnung) zentral war: Er sah es als ein Grundmerkmal der seit den 1950er Jahren entstehenden Verhältnisse an, dass sich die Zentrum-Peripherie-Verhältnisse (aus seiner Sicht insbesondere das Verhältnis zwischen den USA und Westeuropa) innerhalb der abhängigen Gesellschaften jeweils spezifisch reproduzierten. Das geschah dergestalt, dass die ökonomischen, politischen, ideologischen und klassenförmigen Beziehungen Ausbeutung und Abhängigkeit aufrechterhielten. Poulantzas (2001 [1973]: 24, 27–28) bezeichnete dies für die abhängigen Formationen als »induzierte und interiorisierte Reproduktion«. Die Trennung zwischen Zentren und Peripherie wird so vertieft. Zentral waren im Nord-Süd-Verhältnis die Kontrolle über Rohstoffe und die Ausweitung von Märkten. Er betonte aber auch die starke Internationalisierung der Klassenverhältnisse. Dabei hatte er insbesondere das Verhältnis zwischen Westeuropa und den USA während des Fordismus im Blick. Ge-

5 Auch die patriarchale Gesellschaftsordnung war in dependenztheoretischen Arbeiten kaum Thema. Rassifizierte Verhältnisse wurden zumindest etwa ab den 1990er Jahren durchaus wichtig, etwa mit Aníbal Quijano (2016) These von der »Kolonialität der Macht« oder durch dekoloniale Ansätze (Boatca 2016).

nau diese Internationalisierung der Klassenverhältnisse hat sich später im Globalisierungsprozess noch weiter intensiviert.

Poulantzas wies auch darauf hin, dass Klassenkonflikte und -kämpfe nicht nur nationalstaatlich sind, sondern immer schon internationalisiert waren. Dasselbe gelte auch für nationale Staaten und ihre Apparate. Er schrieb: »Gleichzeitig überwiegt in ihrem Kampf, der wesentlich ein internationaler Kampf ist, die nationale Form« (ebd.: 59). Auch Fernanda Beigel (2015: 18) betont, dass die Klassenkämpfe in einzelnen Ländern von internationalen Faktoren beeinflusst sind – etwa von der Nachfrage nach Rohstoffen und deren Preisen. Dennoch manifestierten sich diese als nationale Kämpfe. Internationale Abhängigkeiten und die Befreiung aus diesen, mit dem Ziel einer solidarischen Weltwirtschaft, sind also auch eine Frage von Konflikten und sozialen Kämpfen.

Im Anschluss an Poulantzas untersuchten seit den 1970er Jahren und insbesondere in der zweiten Phase der Globalisierung ab den 1990er Jahren auch andere die Rolle des Staates im sich immer stärker globalisierenden Kapitalismus. Joachim Hirsch (1995) prägte den Begriff des »(internationalisierten) nationalen Wettbewerbsstaates«, um anzuzeigen, dass die Orientierung von Nationalstaaten an internationaler kapitalistischer Konkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit immer wichtiger wurde. In jüngerer Zeit kommt dazu die Tendenz von Staaten, in Fragen von Global Governance sogenannte Multistakeholder-Allianzen mit transnationalen Unternehmen einzugehen. Diese machen es zunehmend schwerer, zwischen Privatinteressen und öffentlichem Interesse zu differenzieren (Manahan/Kumar 2022).

Sowohl die klassische und die spätere Imperialismustheorie als auch dependenztheoretische Ansätze und die kritische Staatstheorie hatten strukturelle Ungleichheiten in den Vordergrund gerückt. Diese erschwerten den Weg zu einer neuen, gerechteren Weltwirtschaftsordnung. Damit endet unser knapper Überblick über die zentralen Aussagen dieser Theorien – der noch um die Weltsystemtheorie von Immanuel Wallerstein, Samir Amin und anderen ergänzt werden könnte (siehe Schmalz 2013). Er sollte zeigen, dass eine alternative Weltwirtschaft nicht nur eine Frage angemessener Regeln ist, die in intergouvernementalen Prozessen ausgehandelt und implementiert werden. Vielmehr müssen tiefgreifende Strukturzwänge des globalen Kapitalismus überwunden werden. Gezeigt wurde auch, dass seit Beginn des Kolonialismus der Zugang zu und die Verfügbarkeit von Rohstoffen ein zentrales Moment weltwirtschaftlicher Beziehungen ist.

Staat und internationale Politik in der Bearbeitung der ökologischen Krise

Anders als in den 1970er Jahren ist die ökologische Krise heutzutage eine existenzielle Gefahr für viele Menschen und Gesellschaften auf diesem Planeten (siehe Claar; Dörre; Pichler in diesem Band). Die Bearbeitung der ökologischen Krise ist inzwischen auch ein zentraler Gegenstand staatlicher Politik.

Auch in entsprechenden umweltpolitischen Debatten spielt das Vertrauen in eine starke Steuerungsfähigkeit des Staates – also in seine Fähigkeit, angemessene Rahmenbedingungen zur Bearbeitung der ökologischen Krise zu setzen – eine wichtige Rolle. Da viele ökologische Probleme (wie die Klimakrise) global sind und man davon ausgeht, dass sie auch global bearbeitet werden müssen, wird die Notwendigkeit internationaler Kooperation betont – etwa im Rahmen der Klimarahmenkonvention oder den jährlich stattfindenden Konferenzen der Vertragsstaaten. Angesichts der sich zuspitzenden ökologischen Krise diskutiert man seit etwa zehn Jahren darüber, ob und wie die Weltwirtschaft dekarbonisiert werden soll, wie also perspektivisch die Nutzung fossiler Energieträger überwunden werden soll. Politisch prominent sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung, die die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) im September 2015 verabschiedete (siehe Freistein in diesem Band). Dabei wird neben den Begriffen Dekarbonisierung und Klimaneutralität auch das Konzept der Großen Transformation (Brand 2016) verwendet.

Solche Begriffe rücken die ökologische Krise in einen breiteren Kontext und weiten die politische Zuständigkeit für deren Überwindung deutlich aus, weit über Fachapparate wie Umweltministerien, nachgelagerte Behörden, spezialisierte Abteilungen in Unternehmen oder einschlägige Nichtregierungsorganisationen hinaus.

Die starke Dynamik der klimapolitischen Fachdiskussion geht mit einer steigenden Unklarheit einher, was genau mit einer sozialen, einer sozialökologischen oder der Großen Transformation gemeint ist. Wie häufig ermöglichen auch hier gerade diese semantischen Unklarheiten eine Dynamik, die viele Akteur:innen einbezieht. Sie beziehen sich darauf, versuchen ihre Anliegen unter die Perspektive der Dekarbonisierung beziehungsweise Klimaneutralität zu stellen, auch wenn bei genauerem Hinsehen starke Unterschiede und mitunter gar gegenläufige Positionen vertreten werden. Die Einschätzungen der Krisenursachen und -dynamiken in diesem Feld, der Rolle privatkapitalistischer Unternehmen, von Technologien, des Wertewandels in Richtung Nach-

haltigkeit, der Produktions- und Lebensweise bei der Verursachung und Bearbeitung der Krise variieren. Das betrifft insbesondere die hier relevante Rolle des Staates und der internationalen Politik.

Es scheint eine Art »politisch-strategischen Überhang« zu geben, der die Debatte um Transformation motiviert, allerdings auf die Gefahr hin, die tieferliegenden Problem- und Krisenursachen zu unterschätzen. Bei vielen an der Transformationsdebatte Beteiligten herrscht offenbar die – meist implizite – Einschätzung vor, dass Veränderungen angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse und Institutionen von eben diesen ausgehen müssten. Dabei spielen der Staat und die intergouvernementale Politik eine zentrale Rolle. Im Konkreten ist jedoch meist unklar, welchen Stellenwert die häufig konstatierte internationale Kooperation bei der Bearbeitung der ökologischen Krise de facto hat.

In diesen Debatten finden Überlegungen zu einer anderen Weltwirtschaftsordnung nur selten systematisch statt, obwohl die bestehenden handels- und finanzpolitischen Regelwerke und Institutionen sowie deren im Verhältnis zu Umweltabkommen und -institutionen starkes Gewicht zu den größten Hindernissen für eine effektivere globale Umweltpolitik gehören. Wenn Staaten beispielsweise gegen die WTO-Regeln oder Investitionsschutzabkommen verstoßen, werden sie effektiv und womöglich schmerzlich sanktioniert. Das Pariser Klimaabkommen basiert hingegen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit.

Sollte diese Perspektive künftig wichtiger werden, kann vor einer Tendenz nur gewarnt werden: Debatten über eine alternative Weltwirtschaftsordnung, die unreflektiert von einer starken staatlichen Steuerungsfähigkeit ausgehen, drohen die Verkürzungen vorheriger Debatten über »Global Governance« oder »Global Environmental Governance« seit Mitte der 1990er Jahre zu wiederholen (siehe etwa Brunnengräber/Walk 2007). In den meisten wissenschaftlichen Beiträgen ging es um die Möglichkeiten staatlicher (nicht nur nationalstaatlicher) Steuerungsfähigkeit in Zeiten der Globalisierung, aber auch angesichts der globalen ökologischen Krise. Im Zentrum standen die Bedingungen und Möglichkeiten staatlicher Kooperation, »um der Ohnmacht der Politik gegenüber der Eigendynamik der Globalisierungsprozesse entgegenwirken zu können« (Messner 2000: 37). Als Ziel von Global Governance wurde häufig die »Entwicklung eines Institutionen- und Regelsystems und neuer Mechanismen internationaler Kooperation, die die kontinuierliche Problembearbeitung globaler Herausforderungen und grenzüberschreitender Probleme erlauben« genannt (ebd.: 125; siehe auch Messner 2022).

In diesem Sinne stilisierten viele Analysen den Staat und das intergouvernementale System zu einer Art Problemlöser, der im allgemeinen Interesse handle. Sie unterstellten, dass alle ein Interesse an der Lösung von Problemen wie Hunger, Armut oder Umweltzerstörung hätten, ohne zu hinterfragen, ob nicht staatliche Politiken selbst zu diesen Problemen beitragen oder ob die bisher eingeschlagenen Problemlösungswege nicht nur bestimmten Ländern und Bevölkerungsgruppen nutzen.

Man könnte die Debatten über Global (Environmental) Governance als eine Art aufgefrischten Steuerungsoptimismus verstehen, der schon den NIEO-Debatten in den 1970er Jahren anhaftete und den Kritiker:innen schon vor 20 Jahren als einen der »Mythen globalen Umweltmanagements« bezeichneten (Görg/Brand 2002). Lothar Brock (2003: 84) sprach von »sozialtechnologischen Machbarkeitsphantasien« – diese Einschätzung lässt sich auch auf heutige Debatten beziehen. Zugespielt formuliert ist der Ansatz von Global Governance, als möglicher Kern einer alternativen Weltwirtschaftsordnung die politische Steuerung zu verbessern und Ordnung zu schaffen, ohne jedoch die bestehende herrschaftliche, neoliberale und imperiale Ordnung zu thematisieren, ein Teil des Problems. Der Staat als institutionelles Terrain sozialer Auseinandersetzungen und als herrschaftlicher Modus von Politik erfüllt auch heute wichtige Funktionen der Machtsicherung und sichert auf zentrale Weise den Bestand der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ab.

In seinem Fokus auf Kooperation versteht der Global-Governance-Ansatz Politik nicht mehr als Streit um grundlegende Alternativen, als Anerkennung und Austragung von Konflikten. Vielmehr übergeht er diese Interessen und Konflikte und reduziert die notwendig grundlegenden Veränderungen auf Fragen des richtigen Bewusstseins und politischen Mutes (prominent etwa Göpel 2022). Doch die Realität sieht anders aus: Beim sogenannten grünen Umbau der Wirtschaft, aber auch bei den Krisenpolitiken im Zuge der Coronapandemie 2020/21 oder den Sanktionen gegen Russland anlässlich des Angriffskrieges gegen die Ukraine seit 2022 dominierte eher ein nationalstaatliches »rette sich, wer kann!«. Der Wunsch, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, scheint zum Nadelöhr aktueller Umweltpolitiken oder einer ohnehin nur selektiven ökologischen Modernisierung des Kapitalismus zu werden. Auch mit dem neuen Entkarbonisierungskonsens (Bringel/Svampa 2023) bleibt der Ressourcen hunger der kapitalistischen Zentren ungebrochen. Das drückt sich in kritischen Begriffen wie »grüner Extraktivismus« (Dietz 2022) oder »grüner Kolonialismus« (Lang et al. i. E.) aus. Wie Gurminder Bhambra hervorhebt, waren und sind koloniale Verhältnisse

zentral für die Reproduktion der kapitalistischen Weltwirtschaft. Dies drückt sich auch weiterhin in den hegemonialen Klimapolitiken aus (Bhambra 2021; Bhambra/Newell 2022).

Auch das spektakuläre Wachstum einiger Ökonomien, die gewöhnlich zum Globalen Süden gerechnet werden, sollte nicht vorschnell mit einem Zuwachs an Lebensqualität für die dortige Bevölkerung gleichgesetzt werden und damit als Beleg für den Erfolg staatlicher Steuerung gelten, wie es dominante Lesarten suggerieren. In China und Indien beispielsweise hat der makroökonomische Aufschwung – der vor allem in China weitgehend staatlich gesteuert wurde – zwar Teilen der Bevölkerung ein monetäres Einkommen verschafft und sie als Konsument:innen oder Lohnarbeiter:innen in den kapitalistischen Weltmarkt integriert. Die Kehrseite dieser Prozesse ist jedoch der Verlust der Subsistenzökonomien und häufig auch des dazugehörigen Landes, aber auch der Verlust entsprechender Wissensformen und kultureller Zugehörigkeitsbezüge. Das kann durchaus auch als Verarmung verstanden werden (Fuchs 2015). Die Inklusion in die kapitalistischen Kreisläufe fand ohnehin für viele nur unter prekären Bedingungen statt. Hinzu kommt, dass ein Großteil des Wirtschaftswachstums im Globalen Süden durch wirtschaftliche Aktivitäten erzielt wird, die sich negativ auf die Lebensqualität auswirken. Das gilt beispielsweise für den Extraktivismus oder für im Kontext globaler Produktionsketten subalternisierte Industrialisierungsprozesse, die ebenfalls soziale und ökologische Missstände mit sich bringen (Lang i. E.). Verschärfte soziale Ungleichheit und Umweltverschmutzung in diesen Ländern sind die Folge, ebenso wie eine Externalisierung der sozialen und ökologischen Kosten für den materiellen Wohlstand neuer Mittelschichten in wiederum anderen Weltregionen, etwa nach Afrika. Auch in China, Indien und anderen Ländern mit dynamischer wirtschaftlicher Entwicklung vertiefen sich so die »imperiale Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) und damit einhergehende Ausbeutungs- und Zerstörungsprozesse. Auch diese finden unter den Bedingungen kapitalistischer Konkurrenz zwischen Unternehmen und Ländern statt. Auch hier favorisiert die staatliche Steuerung das heimische Großkapital.

Das alles hat enorme Implikationen für das Nachdenken über eine alternative Weltwirtschaftsordnung. Die beispielhaft angeführten Ausblendungen des Global-Governance-Ansatzes hängen unter anderem mit einem verengten Politikbegriff und der fehlenden Berücksichtigung sozioökonomischer Verhältnisse oder allgemeiner gesprochen, mit der politischen Ökonomie zusammen. Sachlich trägt dieser Ansatz daher zur Absicherung einer Weltordnung bei, in der sich politische und ökonomische Herrschaft entlang von

Unhinterfragtem reproduziert – insbesondere entlang des vermeintlichen Sachzwangs (kapitalistischer) Globalisierung – und somit als vernünftig gilt.

Eine andere Produktions- und Lebensweise und die Rolle des Staates

Ohne Frage: Eine alternative Weltwirtschaftsordnung, in der alle Menschen ein auskömmliches Leben haben, in der niemand auf Kosten anderer oder der Natur leben muss und in der die natürlichen Lebensgrundlagen nicht zerstört werden, bedarf anderer Regeln. Diese müssen prozedural, transparent und partizipativ entstehen.

Eine andere Weltwirtschaftsordnung sollte daher nicht nur als angemessener Ordnungsrahmen gedacht werden, wie es bei der NIEO der Fall war und bezüglich der Regulierung der Weltmärkte bis heute vorgeschlagen wird (siehe Gandikota-Nellutla et al. 2022; Veit in diesem Band). Ähnlich wie die skizzierte Debatte um Global Governance scheint eine solche Haltung davon auszugehen, dass die transnationalen Wirtschaftsakteur:innen sich bei entsprechenden politischen Rahmenbedingungen einfach an sozialen und ökologischen Zielsetzungen ausrichten. Doch das Scheitern etwa der Klimarahmenkonvention, der Konvention über die biologische Vielfalt, aber auch progressiver Initiativen im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) zeigen, dass dem nicht so ist.

Die zentralen Akteur:innen solcher internationaler Rahmensetzungen sind nationale Regierungen oder Staaten. Diese sind zuvorderst ihren eigenen Unternehmen verpflichtet, die wiederum im kapitalistischen Wettbewerb mit anderen stehen. Damit wollen wir nicht sagen, dass eine NIEO² auf staatliche Politiken verzichten sollte – denn diese sind weder homogen noch ausschließlich an Kapitalinteressen ausgerichtet. Doch müssen der Staat und seine Politiken selbst als Terrain von Auseinandersetzungen verstanden werden. Die Initiativen für Lieferkettengesetze in Deutschland und der EU zeigen exemplarisch, dass Verschiebungen der Machtverhältnisse durchaus möglich sind. Doch gehen ihnen lange zivilgesellschaftliche Kämpfe voraus, und selbst dann werden prinzipiell sinnvolle Initiativen in vielen Fällen doch an Unternehmensinteressen angepasst.

Eine andere mögliche Perspektive wäre, nicht nur weltordnungspolitisch zu denken. Es gilt, die Machtverhältnisse, die die aktuellen Krisen verursa-

chen – also zur spezifischen Ausformung von globaler Landwirtschaft und Ernährung, von industrieller Produktion und energieintensiver Mobilität führen –, aber auch die antreibenden ökonomischen Logiken ganz praktisch infrage zu stellen (siehe Dörre 2021). In gewisser Weise führt uns das die Energiewende vor, die nicht nur staatlicherseits, sondern von vielen sozialen Bewegungen und praktischen Initiativen vorangetrieben wird. Die Erfahrungen verschiedener Energiegenossenschaften und Städte, die sich selbst zu weitgehenden Klimapolitiken und alternativen Energiepolitiken bekennen (sogenannte *transition towns*), die Kämpfe gegen Kohlekraftwerke oder Fracking (eine energie- und chemikalienintensive Form der Ölförderung) oder für Ernährungssouveränität sind aktuelle klimapolitische Ansatzpunkte, die die Machtverhältnisse infrage stellen. Erfahrungen wie im Hambacher Forst und in Lützerath zeigen, dass staatliche Akteur:innen eher die Interessen der fossilen Energiekonzerne absichern. Wichtige Vorschläge für eine umfassend gedachte alternative Weltwirtschaftsordnung kommen aus dem Globalen Süden. Darum soll es abschließend gehen.

Emanzipatorische Initiativen für eine Neue Weltwirtschaftsordnung: Der öko-soziale und interkulturelle Pakt des Südens

Der »Ökosoziale und Interkulturelle Pakt des Südens« (*Pacto Ecosocial e Intercultural del Sur*) ist eine (nicht partei-)politische Plattform. Ein lateinamerikanisches Kollektiv aus acht Ländern rief sie 2020 ins Leben. Motiviert ist die Initiative von der Notwendigkeit, einen konkreten gesellschaftlichen Transformationshorizont für Lateinamerika zu skizzieren, der die Lernerfahrungen aus den sozialen Kämpfen der letzten Jahrzehnte mit einbezieht. Der Staat spielt darin durchaus eine Rolle, aber es wird deutlich, dass es der Initiative insbesondere um eine Veränderung gesellschaftlicher Macht- und Kräfteverhältnisse sowie gesellschaftlicher Logiken geht. Ihr Verhältnis zum Staat stellt die Plattform in ihrer ersten Erklärung wie folgt dar:

»Wir greifen im Folgenden Vorschläge auf, die in verschiedenen Kontexten kollektiv entwickelt wurden, und schlagen einen sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und interkulturellen Pakt für Lateinamerika vor. Dieser Pakt ist kein an Regierungen gerichteter Forderungskatalog. Er lädt vielmehr dazu ein, gemeinsam an einer Vision zu arbeiten, der Transformation gemeinsam eine Richtung und eine Grundlage zu geben, auf der die diversesten Formen und Strategien der Veränderung in den verschiedenen Bereichen

unserer Gesellschaften gedeihen können. Er fordert soziale und territoriale Bewegungen, Gewerkschaften, Stadtteilorganisationen, Dorfgemeinschaften und Netzwerke aller Art, aber auch alternative Kommunalverwaltungen, Parlamentarier*innen, Richter*innen oder Beamt*innen, die sich der Transformation verschrieben haben, auf, die Kräfteverhältnisse zu verändern, sei es durch Volksabstimmungen, Gesetzentwürfe oder viele andere Strategien mit realen Auswirkungen, um den bestehenden Institutionen durch eine organisierte und mobilisierte Gesellschaft die notwendigen Veränderungen aufzuzwingen.« (Pacto Ecosocial del Sur 2020).

In diesem Text drückt sich ein aus den jüngsten Erfahrungen mit progressiven Regierungen in Lateinamerika gespeistes Bewusstsein darüber aus, dass weder der Einzug in einen Regierungspalast noch eine revolutionäre Verfassung endgültige politische Siege darstellen, die es progressiven gesellschaftlichen Kräften erlauben würden, sich zu demobilisieren. Stattdessen betont der Text in Anlehnung an Anibal Quijano, dass eine ökosoziale Transformation zwar innerhalb und außerhalb des Staates, aber immer gegen diesen erkämpft werden muss. Das bedeutet, dass es einerseits einer mobilisierten außerparlamentarischen Bewegung bedarf, die mit politischem Druck, aber auch mit (alltags-)kulturellen Strategien dafür sorgt, dass die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sich in Richtung dieser Transformation verschieben. Andererseits müssen auch bestimmte strategische Positionen im Staatsapparat besetzt werden, wie zum Beispiel Verfassungsgerichte, das Parlament, bestimmte Kontrollorgane, die Vorschläge aus der Bewegung aufgreifen und ins Institutionengefüge einbringen oder diese dort absichern können. In einer neueren Erklärung vom März 2023 führt die Plattform in Bezug auf Care-Politiken aus:

»Care als Schlüsselaspekt von Lebensqualität muss von allen Mitgliedern der Gesellschaft übernommen und aktiv geleistet und mitgetragen werden, und ihre Zuschreibung als weibliche Aufgabe muss dekonstruiert werden. [...] Care-Arbeit muss als für das Leben und das Wohlbefinden essenzielle Arbeit anerkannt und gewürdigt werden, wie die Pandemie einmal mehr deutlich gemacht hat. Dies bedeutet jedoch nicht automatisch ihre Entlohnung und Kommodifizierung oder ihre Übernahme durch den Staat. Denn die Tatsache, dass ein Großteil der Care-Arbeit ein Lebensbereich ist, der sich bisher außerhalb der Kapitalakkumulation abspielt, ist die Saat für den Aufbau von Gesellschaften jenseits kapitalistischer Logiken. Einige Aspekte der alltäglichen Reproduktion des Lebens gemeinsam oder gemeinschaftlich zu orga-

nisieren, ist eine Grundlage für den Aufbau von *commons*, wie zahlreiche Erfahrungen in Lateinamerika zeigen. Das bedeutet nicht, dass Staaten nicht Care-Politiken entwickeln sollten, die solche Gemeinschaftsräume stärken, Verantwortung für spezialisierte Pflege übernehmen und Care als zentralen Aspekt gesellschaftlichen Wohlbefindens fördern.« (Pacto Ecosocial del Sur 2023, eigene Übersetzung).

Die vorgeschlagenen Strategien sind sowohl in Verflechtung miteinander als auch multidimensional und multiskalar gedacht. Ein Beispiel dafür: Im Januar 2023 schlug der kolumbianische Finanzminister José Antonio Ocampo eine gemeinsame, progressive Steuerpolitik für Lateinamerika vor. Im Juli 2023 wurde der Vorschlag auf einem lateinamerikanischen Gipfeltreffen in Cartagena besprochen und ein Abkommen zur steuerlichen Zusammenarbeit vereinbart (UN 2023). Der Vorschlag einer progressiven Steuerpolitik wird vom *Pacto Ecosocial* ergänzt durch die Forderung nach einem Erlass der Auslandsschulden lateinamerikanischer Staaten. Im Kontext der ökologischen und Klimaschulden, so das Argument, hätten die Länder des Globalen Nordens vielmehr Zahlungen an Regionen wie Lateinamerika zu entrichten. Steuerpolitik und Schuldenfreiheit würden Spielraum schaffen für ein bedingungsloses Grundeinkommen – eine notwendige Maßnahme der Umverteilung und der Armutsbekämpfung in einer der Weltregionen mit der stärksten sozialen Ungleichheit. Dies müsse jedoch wiederum flankiert werden von umfassenderen Strategien zu einer Dekommodifizierung des Lebens, etwa durch den Ausbau von kostenlosen öffentlichen Infrastrukturen und *commons* (Pacto Ecosocial del Sur 2023).

Die multiskalare Perspektive des Paktes wird an der Ebene der Stärkung, Garantie und öffentlich finanzierten Unterstützung territorialer, transformativer Autonomieprozesse deutlich, die das Leben in all seinen Formen in den Mittelpunkt stellen – beispielsweise durch Strategien zur Erreichung von Ernährungssouveränität. Diese Strategien müssen jedoch auf verschiedenen Ebenen erweitert und potenziert werden: bioregional, national, auf regionaler Ebene (in Lateinamerika) und global.

Aus finanzpolitischer Sicht ist es ebenso wichtig, lokal wie national das System zinsintensiver Mikrokredite auszuhebeln, durch das die ländlichen Bevölkerungen des Globalen Südens angeblich eine finanzielle Inklusion erfahren. In Wahrheit locken die Kredite sie aber immer tiefer in die Schuldenfalle, bis sie häufig das Land verlieren, auf dem eigentlich Subsistenzproduktion möglich wäre. Außerdem muss ein internationaler Finanzkodex geschaf-

fen werden sowie Instanzen und Institutionen, die für den unverzichtbaren Fluss internationaler Finanzmittel in Einklang mit einer sozialökologischen Transformation sorgen. Ein neues globales Währungssystem müsste regionale Währungsunionen fördern. Dies würde die imperiale Vorherrschaft einiger weniger Währungen abbauen, etwa des US-Dollars, der eines der wichtigsten Instrumente der US-Herrschaft ist. Die wirtschaftliche Integration von Regionen wie Lateinamerika und ihre teilweise Entkoppelung von der neoliberalen Weltökonomie wäre ein weiterer wichtiger Meilenstein der sozialökologischen Transformation im Rahmen einer NIEO². Hinzu käme die Abschaffung von Steueroasen und die Einführung von Systemen zum Abbau von Spekulationsblasen sowie aller schuldenbasierten Herrschaftssysteme (Acosta 2023). Auch im Bereich des Finanziellen ist es jedoch wichtig, lokales Wirtschaften durch alternative Sozialwährungen zu fördern, wie sie bereits vielerorts eingeführt wurden.

Damit die beschriebenen notwendigen politischen Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden können und sie auch die gewünschten Auswirkungen auf Menschen haben, Veränderungen bei den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen bewirken und dazu beitragen, dass wir die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen können, müssen zudem neue Formen des politischen Dialogs und der regionalen Zusammenarbeit entwickelt werden – unter starker Beteiligung der Zivilgesellschaft. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist ein ökosozialer Internationalismus, der unter anderem einen ganz praktischen Erfahrungsaustausch mit gegenseitigen Lernerfahrungen zwischen verschiedenen Regionen beinhaltet.

Ausblick: Herrschaftskritik statt Ordnungspolitik

Der zentrale Orientierungspunkt des Nachdenkens über eine Veränderung der Weltwirtschaft und ihres politisch-institutionellen Rahmens – sowie möglicher politischer Initiativen dafür – ist eine *herrschaftskritische* Perspektive. Eine solche sollte gestärkt werden, etwa gegenüber einer in offiziellen Diskursen dominierenden *ordnungswissenschaftlichen* Sichtweise. Beim herrschaftskritischen Denken steht nicht die Frage (welt-)gesellschaftlicher Ordnung – und damit tendenziell einer Festschreibung bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse – im Zentrum, sondern die Zurückweisung von Macht und Herrschaft sowie der damit verbundenen Zumutungen für Mensch und Natur. Das bedeutet jedoch nicht, Stabilisierungspolitiken in der aktuellen Krise als

unnötig zu erachten – das würde die Wucht der sich beschleunigenden Krisen unterschätzen. In den letzten Jahren haben wir immer wieder gesehen, dass bei plötzlichen Krisen wie etwa der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 oder der Coronakrise ab 2020 der (nationale) Staat zwar durchaus eine Rolle spielt, wenn wirtschaftliche Bedingungen und Lebensbedingungen rasch stabilisiert werden müssen. Doch beschränkt sich das tendenziell auf Staaten, die über entsprechende materielle und regulatorische Kapazitäten verfügen. Zudem ist die Stabilisierung selbst ein Prozess, in den – teilweise unter Bedingungen der Unsicherheit – Interessen und Strategien sowie strukturell verankerte Herrschaftsverhältnisse eingehen. Das erleben wir auch beim sogenannten grünen Umbau der Wirtschaft – etwa beim Getrommel für E-Autos, die ja die globale ökologische Raserei keineswegs beenden werden (vgl. Brunnengräber/Haas 2020).

Eine herrschaftskritische Perspektive ist normativ eine befreiungswissenschaftliche. Wir verstehen dabei Emanzipation nicht als Blaupause, sondern als facettenreichen, komplizierten und konfliktreichen Prozess, in dem herrschende Strukturen, Denk- und Handlungsweisen verändert werden. Das haben wir am Beispiel des noch neuen Ökosozialen und Interkulturellen Paktes des Südens ausgeführt. Der Pakt zielt auf eine Verwirklichung von Selbstbestimmung und Freiheit, auf ein solidarisches Miteinander und einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen. Staatliche Politik und Reformen sind wichtig – auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Dort, wo schrittweise Verbesserungen und ein partieller Abbau von Herrschaft möglich sind, sollte dies genutzt werden, da sich dadurch die Lebenslage von Individuen zum Besseren verändert und es zu Lern- und Erfahrungsprozessen kommen kann, die wiederum die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Zukunft sind. Doch es bedarf auch weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen und Verschiebungen von Kräfteverhältnissen, wie Adom Getachew (2022) in ihrer faszinierenden Skizze historischer Kämpfe um eine »Welt nach den Imperien« zeigt. Der in diesem Artikel präsentierte Ökosoziale und Interkulturelle Pakt des Südens birgt viele zeitgemäße Potenziale einer »Weltgestaltung« (Getachew 2022: 19, 270), die auch auf internationaler Ebene politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Institutionen bedarf, um machtvollen Akteur:innen einzuhegen sowie Nichtbeherrschung und Selbstbestimmung zu fördern.

Literatur

- Acosta, Alberto (2023): Un aniversario histórico, 70 años del Acuerdo de Londres ¿Porqué es un imposible para los países del sur?. In: *Ecuador Today*, 23.2.2023. <https://ecuadortoday.media/2023/02/23/un-aniversario-historico-70-anos-del-acuerdo-de-londres-porque-es-un-imposible-para-los-paises-del-sur/> (Zugriff am 9.6.2023).
- Beigel, Fernanda (2015): Das Erbe des lateinamerikanischen Dependenzismus und die Aktualität des Begriffs der Abhängigkeit. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 31 (3), 11–38.
- Bhambra, Gurinder K. (2021): Colonial global economy: Towards a theoretical reorientation of political economy. In: *Review of International Political Economy*, 28 (2), 307–322.
- Bhambra, Gurinder K./Newell, Peter (2022): More than a metaphor: »Climate colonialism« in perspective. In: *Global Social Challenges Journal*, XXX, 1–9.
- Boatca, Manuela (2016): Postkolonialismus und Dekolonialität. In: Fischer, Karin/Hauck, Gerhard/Boatca, Manuela (Hg.), *Handbuch Entwicklungsfor-*
schung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 113–123.
- Brand, Ulrich (2016): How to get out of the multiple crisis? Towards a critical theory of social-ecological transformation. In: *Environmental Values*, 25 (5), 503–525.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom.
- Bringel, Breno/Svampa, Maristella (2023): Del »Consenso de los Commodities« al »Consenso de la Descarbonización«. In: *Nueva Sociedad* 306. <https://nuso.org/articulo/306-del-consenso-de-los-commodities-al-consenso-de-la-descarbonizacion/> (Zugriff am 29.9.2023).
- Brock, Lothar (2003): Verlassene Baustellen – Global Governance im Zeichen des Krieges. In: Fues, Thomas/Hippler, Jochen (Hg.), *Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft*. Festschrift für Franz Nuscheler. Bonn: Dietz, 58–89.
- Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias (Hg.) (2020): *Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität*. Bielefeld: transcript.
- Brunnengräber, Achim/Walk, Heike (Hg.) (2007): *Multi-Level Climate governance. Umwelt-, Klima- und Sozialpolitik in einer interdependenten Welt*. Baden-Baden: Nomos.

- Cardoso, Fernando Henrique/Faletto, Enzo (1976): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Carson, Rachel (1965): Der stumme Frühling. Frankfurt a.M.: Büchergilde Gutenberg.
- Córdova, Armando (1973): Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Cox, Robert W. (1993): Gramsci, hegemony and international relations: An essay in method. In: Gill, Stephen (Hg.), Gramsci, historical materialism and international relations. Cambridge: Cambridge University Press, 49–66.
- Dietz, Kristina (2022): Energiewende und grüne Ausbeutung. Die Energiewende in Europa kündigt einen grünen Extraktivismus in Lateinamerika an. Rosa-Luxemburg-Stiftung, 24.8.2022. <https://www.rosalux.de/news/id/46906/energiewende-und-gruene-ausbeutung> (Zugriff am 9.6.2023)
- Dörre, Klaus (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin: Matthes & Seitz.
- Ebenau, Matthias (2015): Abhängige Entwicklung im 21. Jahrhundert: Ein kritischer Dialog zwischen Dependenztheorie und Neodesarrollismo. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 31 (3), 39–59.
- Escobar, Arturo (1995): Encountering development. The making and unmaking of the third world. Princeton: Princeton University Press.
- Gandikota-Nellutla, Varsha/Adler, David/Galant, Michael (2022): The Progressive International launches a global process to mark the 50th anniversary of the New International Economic Order. In: *Progressive International* vom 16.11.2022. <https://progressive.international/blueprint/1350647f-15c9-4f62-8b39-bddadc7046c3-the-new-international-economic-order/en> (Zugriff am 9.6.2023)
- Getachew, Adom (2022): Die Welt nach den Imperien. Aufstieg und Niedergang der postkolonialen Selbstbestimmung. Berlin: Suhrkamp.
- Göpel, Maja (2022): Wir können auch anders. Aufbruch in die Welt von morgen. Berlin: Ullstein.
- Görg, Christoph/Brand, Ulrich (Hg.) (2002): Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Gudynas, Eduardo (2012): Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika. In: FDCL – Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V./Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.), Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 46–62.

- Franke, Yvonne/Kumitz, Daniel (2016): Entwicklung und Dependenz. In: Fischer, Karin/Gerhard, Boatca/Manuela, Hauck (Hg.), *Handbuch Entwicklungsforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 41–54.
- Fuchs, Daniel (2015): Die Transformation der Produktions- und Klassenverhältnisse in China seit 1978: Überlegungen zur Herausbildung und den Widersprüchen des chinesischen Kapitalismus. In Linke, Marlies/Sabrowski, Thomas/Steinitz, Klaus (Hg.): *China: Gesellschaftliche Entwicklung und globale Auswirkungen*. Berlin: Dietz, 29–45.
- Hasenclever, Andreas (2020): Liberale Ansätze zum »demokratischen Frieden«. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*. Opladen: Barbara Budrich, 223–254.
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. 2. Auflage. Amsterdam/Berlin: Edition ID-Archiv.
- Hobsbawm, Eric (1995): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München: Piper.
- Hornborg, Alf (1998): Towards an ecological theory of unequal exchange: Articulating world system theory and ecological economics. In: *Ecological Economics*, 25 (1), 127–136.
- Hornborg, Alf/Martínez Alier, Joan (2016): Ecologically unequal exchange and ecological debt. In: *Journal of Political Ecology*, 23 (1), 328–491.
- Kautsky, Karl (2004 [1914]): Ultra-imperialism. In: Marxists' Internet Archive, 30.6.2004. <https://www.marxists.org/archive/kautsky/1914/09/ultra-imp.htm> (Zugriff am 14.7.2023).
- Krausmann, Fridolin/Wiedenhofer, Dominik/Lauk, Christian/Haas, Willi/Tanikawa, Hiroki/Fishman, Tomer/Miatto, Alessio/Schandl, Heinz/Haberl, Helmut (2017): Global socioeconomic material stocks rise 23-fold over the 20th century and require half of annual resource use. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 114 (8), 1880–1885.
- Lang, Miriam (2022): El rol del estado en la transición hacia una sociedad post-extractivista: Aportes para un debate necesario. In: *Ecuador Debate*, 117, 143–169.
- Lang, Miriam (i. E.): Degrowth, global asymmetries and ecosocial justice: Decolonial perspectives from Latin America. In: *Review of International Studies*.
- Lang, Miriam/Brand, Ulrich (2015): Dimensiones de la transformación social y el rol de las instituciones. In: Lang, Miriam/Cevallos, Belén/López, Claudia (Hg.), *Cómo transformar? Instituciones y cambio social en América Latina y Europa*. Quito: Abya Yala/Fundación Rosa Luxemburg, 7–32.

- Lang, Miriam/Bringel, Breno/Manahan, Mary Ann (i. E.): *The Geopolitics of Green Colonialism. Global Justice and Ecosocial Transition*. London: Pluto Press.
- Luxemburg, Rosa (1985 [1913]): *Die Akkumulation des Kapitals*. Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Band 5. Berlin: Dietz, 5–411.
- Manahan, Mary Ann/Kumar, Madhuresh (2022): *The great takeover. Mapping of multistakeholderism in global governance*. Amsterdam: People's Working Group on Multistakeholderism.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (2012 [1848]): *Manifest der Kommunistischen Partei*. London: Office der »Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter«. In: *Deutsches Textarchiv*, 30.10.2012. https://www.deutschestextarchiv.de/marx_manifestws_1848 (Zugriff am 2.6.2023).
- Meadows, Dennis/Meadows, Donella (1972): *Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Messner, Dirk (2000): Ist Außenpolitik noch Außenpolitik ... und was ist eigentlich Innenpolitik? Die Transformation der Politik in der »Ära des Globalismus«. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 30 (118), 123–150.
- Messner, Dirk (2022): Taumelnde Weltordnung. Die Zeitenwende und die globale Klimapolitik. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 67 (7), 59–68.
- Ojeda, Diana (2018): *Landgrabbing in Latin America*. In: Julie Cupples/Marcela Palomino-Schalscha/Manuel Prieto (Hg.), *The Routledge handbook of Latin American development*. London: Routledge, XX–XX.
- Pacto Ecosocial del Sur (2020): Für einen sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und interkulturellen Pakt für Lateinamerika. <https://pactoecosocialdelsur.com/home-2/#1592362596651-6eec51bd-3641> (Zugriff am 9.6.2023).
- Pacto Ecosocial del Sur (2023): *Cuidados para la vida*, 23.3.2023. <https://pactoecosocialdelsur.com/cuidados/> (Zugriff am 9.6.2023).
- Poulantzas, Nicos (2001 [1973]): *Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat*. In: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos (Hg.), *Die Zukunft des Staates*. Hamburg: VSA, 19–69.
- Prebisch, Raúl (1950): *The economic development of Latin America and its principal problems*. United Nations, Department of Economic Affairs, Economic Commission for Latin America, 27.4.1950. <https://repositorio.cepal.org/handle/11362/29973> (Zugriff am 9.6.2023).

- Quijano, Aníbal (2016): Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika. Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Sablowski, Thomas (2019): Weltmarkt, Nationalstaat und ungleiche Entwicklung: Zur Analyse der Internationalisierung des Kapitals. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 49 (1), 7–34.
- Sachs, Wolfgang (Hg.) (1993): Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Schaffartzik, Anke/Kusche, Franziska (2020): Ökologisch ungleicher Tausch: Wachstum auf Kosten von Mensch und Natur: Nur ungleiche Material- und Geldflüsse in globalem Maßstab ermöglichen eine wachstumsorientierte Entwicklung. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 50 (1), 53–67.
- Schmalz, Stefan (2013): Weltsystemtheorie. In: Wullweber, Joscha/Behrens, Maria/Graf, Antonia (Hg.), *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie*. Wiesbaden: Springer VS, 101–116.
- Slobodian, Quinn (2019): Die Globalisten. Das Ende des Imperiums und die Geburt des Neoliberalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Solty, Ingar (2021): Brauchen wir eine vierte Welle der marxistischen Imperialismustheorie? In: Sablowski, Thomas/Dellheim, Judith/Demirović, Alex/Pühl, Katharina/Solty, Ingar (Hg.), *Auf den Schultern von Marx*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 485–504.
- Svampa, Maristella (2020): Die Grenzen der Rohstoffausbeutung. Umweltkonflikte und ökoterritoriale Wende in Lateinamerika. Bielefeld: transcript.
- UN – United Nations (2023): Nace una plataforma de cooperación fiscal para América Latina. <https://news.un.org/es/story/2023/07/1523042> (Zugriff am 22.9.2023).
- Wagner, Norbert/Kaiser, Martin/Beimdiek, Fritz (1983): *Ökonomie der Entwicklungsländer*. Stuttgart: Gustav Fischer.

